

Vortrag der Agglomerationskommission (AKO) an den Stadtrat**Agglomerationskommission: Tätigkeitsbericht an den Stadtrat 2012****1 Ausgangslage**

Mit Beschluss vom 1. Juli 2004 hat der Stadtrat gestützt auf Art. 76 GO und Art. 25 GRSR eine neunköpfige Agglomerationskommission (AKO) für die Legislatur 2005-2008 eingesetzt und das Mandat am 20. November 2008 bis längstens Ende 2012 verlängert. Gemäss ihrem Auftrag ist die Kommission verpflichtet, dem Parlament mindestens einmal im Jahr einen Tätigkeitsbericht zu unterbreiten und gleichzeitig über ihre Arbeitsschwerpunkte zu informieren. Dieser Verpflichtung kommt die AKO mit dem vorliegenden Bericht für das Jahr 2012 nach.

2 Zusammensetzung

2012 hat der Stadtrat mit Nicola von Greyerz (für Ursula Marti), Daniel Imthurn (für Peter Ammann) und mit Claudio Fischer (für Edith Leibundgut) drei neue Mitglieder in die Agglomerationskommission gewählt. Am Ende des Berichtsjahrs gehörten der Kommission die folgenden neun Stadträtinnen und Stadträte an:

Manfred Blaser (SVPplus)
Claudio Fischer (BDP/CVP)
Jacqueline Gafner Wasem (FDP), Präsidentin
Nicola v. Greyerz (SP/Juso)
Monika Haechler (GB/JA!)
Daniel Imthurn (GLP)
Peter Künzler (GFL/EVP)
Patrizia Mordini (SP/JUSO), Vizepräsidentin
Kurt Rüeegsegger (SVPplus)

3 Auftrag der AKO

Am 20. November 2008 beschloss der Stadtrat, das ursprünglich bis Ende 2008 befristete Mandat der Agglomerationskommission zu verlängern und sie bis längstens zum Ende der Legislatur 2009-2012 als nichtständige Kommission weiterzuführen. Gleichzeitig verabschiedete er den Auftrag der AKO für die neue Legislatur, der gegenüber dem ursprünglichen Auftrag geringfügig ergänzt wurde und unter anderem festlegt, dass sich die Kommission mit sämtlichen Fragen auseinanderzusetzen hat, die sich aus der allfälligen Einführung einer RK ergeben. Insbesondere wurde die AKO beauftragt, ihre Überführung in eine ständige Kommission zu prüfen und allenfalls eine entsprechende Stadtratsvorlage zu erarbeiten, falls die RK Bern-Mittelland tatsächlich eingeführt würde. Der vollständige Wortlaut des ergänzten Auftrags lautet:

Die Agglomerationskommission

- setzt sich ins Bild über kantonale Agglomerationsprojekte und über entsprechende Aktivitäten des Bundes, allenfalls auch über Agglomerationsprojekte in anderen Kantonen
- befasst sich mit sämtlichen Fragen, die sich aus der allfälligen Einführung einer Regionalkonferenz ergeben und prüft im Fall der Umsetzung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland insbesondere die Überführung der AKO in eine ständige stadträtliche Kommission
- setzt sich ins Bild über laufende Geschäfte/Projekte, die die Agglomeration Bern betreffen
- tauscht sich mit dem Gemeinderat über die Agglomerationspolitik der Stadt Bern aus, kennt seine Haltung und seine Absichten und bringt dabei den Standpunkt des Stadtrats ein
- pflegt Kontakte zu anderen Parlamenten oder Akteuren in der Region und wo sinnvoll im Kanton (andere Städte), versucht eine gemeinsame Haltung zu entwickeln und leistet ihren Beitrag zur Vertrauensbildung
- ist als vorberatende Kommission zuständig für Agglomerationsgeschäfte im engeren Sinn
- soll bei wichtigen Stadtratsgeschäften, welche die Agglomeration betreffen, zur Stellungnahme beigezogen werden
- nimmt bei Vernehmlassungen Stellung und vertritt dabei die Interessen des Stadtrates
- schlägt dem Stadtrat einzelne Aktivitäten vor und/oder kann Vorstösse zu Agglomerationsfragen einreichen
- kennt, konkretisiert und beurteilt die Instrumente (Einflussmöglichkeiten) des Stadtrats in der Agglomerationspolitik
- leitet ihre Erkenntnisse an den Stadtrat weiter, indem sie bei Bedarf, mindestens einmal im Jahr, über ihre Tätigkeit und zukünftige Schwerpunkte berichtet.

4 Sitzungen und Themen

Die AKO traf sich 2012 zu sieben regulären Kommissionssitzungen. Hinzu kam die jährliche Tagung zu aktuellen regional- und agglomerationspolitischen Themen, die im Berichtsjahr in Münsingen stattfand. Wie in den Vorjahren nahmen Stadtpräsident Alex Tschäppät und Regula Buchmüller als Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung regelmässig an den Sitzungen der AKO teil. Folgende Themen standen im Zentrum der Kommissionsarbeit:

Prüfung der Überführung der AKO in eine ständige Kommission

Gemäss dem überarbeiteten Kommissionsauftrag des Stadtrats bildete im Jahr 2012 die Prüfung der Überführung der Agglomerationskommission in eine ständige Kommission einen thematischen Schwerpunkt. Erste zu treffende Abklärungen und Vorarbeiten fanden bereits Ende 2011 statt, da die Überführung der bestehenden AKO in eine ständige Kommission sowohl eine Änderung der Gemeindeordnung als auch des Geschäftsreglements des Stadtrats bedingte. Entsprechend beschäftigte sich die AKO mit der Ausarbeitung des Vortrags bzw. der Abstimmungsbotschaft zuhanden des Stadtrats und der Stimmberechtigten bis zum Zeitpunkt der Durchführung der obligatorischen Volksabstimmung im Herbst 2012. Noch bevor die Stimmberechtigten der beantragten Überführung der AKO in eine ständige Kommission zugestimmt hatten, wurden bereits Vorkehrungen getroffen für die notwendigen Anpassungen des Geschäftsreglements des Stadtrats. Diesen Änderungen hat der Stadtrat an seiner Sitzung vom 29. November 2012 ebenfalls zugestimmt, womit die AKO ihre Tätigkeit als neu ständige Kommission im Januar 2013 in Angriff nehmen kann.

Neuregelung der Zuständigkeit für Behördenreferenden und –initiativen in der Stadt Bern

Die Änderung der Regelung der Zuständigkeit für Behördenreferenden und –initiativen in der Stadt Bern bildete einen zweiten Arbeitsschwerpunkt der Kommission. Die AKO begleitete die Arbeiten zur Ausarbeitung der notwendigen gesetzlichen Anpassungen auf Gemeindeebene eng mit der Stadtkanzlei. Nach Gutheissung der von der AKO vorgeschlagenen Variante durch die Stimmberechtigten nahm die Kommission die nach dieser Teilrevision der Gemeindeordnung notwendigen Ergänzungen im Geschäftsreglement des Stadtrats vor. Auch diese Änderungen hat der Stadtrat an seiner Sitzung vom 29. November 2012 gutgeheissen, womit die neue Regelung per Januar 2013 in Kraft treten kann.

Berichterstattung des Gemeinderats

Zweimal jährlich orientiert der Gemeinderat die AKO über seine Agglomerationspolitik. An der Sitzung vom 21. Juni 2012 fand eine erste mündliche Berichterstattung durch den Gemeinderat statt, in welcher u.a. auch über den Stand des neuen kantonalen Kulturförderungsgesetzes informiert wurde, mit welchem sich die AKO bereits im Jahr 2011 intensiv auseinandergesetzt hatte. Auch auf den Projektstand der Hauptstadtregion Schweiz wurde eingegangen. Am 23. November 2012 wurde der AKO der schriftliche Bericht des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik durch den Stadtpräsidenten und im Beisein von Regula Buchmüller präsentiert und erläutert. Dieser Bericht wird dem Parlament zusammen mit dem Tätigkeitsbericht der AKO, den die Kommission am 23. Januar 2013 genehmigt hat, vorgelegt.

Planung

Im neuen Jahr wird die Kontaktaufnahme und –pflege mit den anliegenden Gemeinden, welche über kein Parlament verfügen, einen thematischen Schwerpunkt der Kommission bilden. Diese Beziehungspflege und der dazugehörige Informationsaustausch sollen gerade auch im Hinblick auf die unterschiedlich grossen Mitgliedergemeinden in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland erfolgen und damit das gegenseitige Verständnis fördern. Mit der neuen ständigen Agglomerationskommission erhalten auch die Beschlüsse der Regionalkonferenz bzw. deren Überwachung einen neuen Stellenwert, insbesondere im Zusammenhang mit der Ergreifung eines allfälligen Referendums. Entsprechend wird auch dem Themenbereich Regionalkonferenz in der Kommission eine neue Bedeutung zukommen. Weiterhin einen hohen Stellenwert nehmen nach wie vor die Kontaktpflege und die Informationsvermittlung zwischen den verschiedenen Akteuren in der Agglomerations- und Regionalpolitik sowie die Information über aktuelle Projekte auf regionaler Ebene ein.

5 Tagung in Münsingen

In diesem Jahr wurde die jährliche Tagung der Agglomerationskommission mit Vertreterinnen und Vertretern der Parlamente aus den Regionsgemeinden im Schlossgut Münsingen in Münsin-

gen durchgeführt. Zum ersten Mal wurden zu der Tagung auch die an die Stadt Bern angrenzenden Gemeinden ohne Parlament (Neuenegg, Mühleberg, Frauenkappelen, Wohlen, Kirchlindach, Bremgarten und Ittigen) eingeladen. Die Einladung an diese Gemeinden ging an die Gemeindeversammlungspräsidien und an die Mitglieder der Planungskommissionen. Wieder stiess der Anlass auf grosses Interesse und es nahmen rund 50 Personen teil, davon 30 Parlamentsvertreterinnen und -vertreter aus den Gemeinden Bern, Kirchlindach, Köniz, Münsingen, Muri-Gümligen, Ostermundigen, Wohlen, Worb und Zollikofen. Der Anlass gab den Teilnehmenden die Gelegenheit, Kontakte mit Parlamentsmitgliedern aus anderen Gemeinden zu knüpfen und bereits bestehende Beziehungen zu vertiefen. Dieser gegenseitige Austausch stand neben der Information über die aktuellen Entwicklungen auf regional- und agglomerationspolitischer Ebene im Zentrum der Veranstaltung.

Das Vormittagsprogramm umfasste zwei Referate und eine professionell moderierte Podiumsdiskussion. Zunächst informierte Laurent Reusser, Fachbereichsleiter Verkehr bei der Regionalkonferenz Bern-Mittelland, über das regionale ÖV-Angebotskonzept. Danach führte Rolf Ellwanger, Aviatik-Redaktor und Autor, die Teilnehmenden in die Geschichte des Berner Flugplatzes ‚Möslı‘ ein. Die beiden Referate bildeten die Basis für die anschliessende Podiumsdiskussion, in der Aymo Brunetti, Direktor des CRED, Universität Bern, Mathias Häberli, CEO Alpar AG, Jonas Hirschi, Geschäftsführer VgF, Stephan Lack, Präsident FDP Muri-Gümligen und Tomislav Lang, CEO von SkyWork, unter der Moderation von Rudolf Burger, Gemeindepräsident von Bolligen und Redaktor bei der Zeitung ‚Der Bund‘, über den Hauptstadtflugplatz Bern-Belp diskutierten. Dabei ging es auch um die Frage, ob dieser in der Region mehr als Störfaktor wahrgenommen werde oder ob er nicht gerade im Gegenteil für die Region einen idealen Standortfaktor darstelle. Am Nachmittag vertieften die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Informationen aus den Referaten und aus der Podiumsdiskussion im Rahmen von Workshops. Detaillierte Informationen können der Kurzfassung des Tagungsberichts entnommen werden (siehe Beilage).

6 Fazit

Wiederum prägte die Regionalkonferenz Bern-Mittelland die Tätigkeit der Agglomerationskommission, insbesondere mit der Neuregelung der Zuständigkeitsregelungen betreffend Behördenreferendum und –initiative. Aber auch die Tätigkeit der RK-Organen und die Traktanden der Regionalversammlung nahmen wieder Platz ein in den Kommissionssitzungen.

Der Austausch mit den wichtigen Akteuren in der Regional- und Agglomerationspolitik (Kanton, RK, Gemeinderat) ist im Berichtsjahr weniger intensiv ausgefallen als in den anderen Jahren, wird aber in der AKO als neu ständige Kommission einen hohen Stellenwert einnehmen und weiter gepflegt und vertieft werden. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, mit Stadtpräsident Alexander Tschäppät und mit der Verwaltung (Stadtkanzlei, Abteilung Stadtentwicklung) gestaltete sich nach wie vor unkompliziert. Die periodische Berichterstattung des Gemeinderats und die Information über laufende Projekte liefern der AKO wertvolle Hinweise für ihre Aktivitäten. Die Tagung der Kommission machte erneut deutlich, wie wichtig die Pflege und Vertiefung der Beziehung zu den Parlamenten der Regionsgemeinden für beide Seiten ist.

Mit diesem Tätigkeitsbericht schliesst die nichtständige Agglomerationskommission ihre Arbeit ab und übergibt die Planung und die weiteren Aufträge ab dem 1. Januar 2013 der ständigen stadträtlichen Agglomerationskommission.

7 Antrag

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2012 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

23. Januar 2013

Agglomerationskommission

Beilagen:

- Tagungsbericht 2012 (Kurzfassung)